



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2023;

**hier: Landeszentrale für politische Bildung personell stärken
(Kap. 05 06 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 05 06 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) von 815,9 Tsd. Euro um 93,0 Tsd. Euro auf 908,9 Tsd. Euro erhöht.

Mit den zusätzlichen Mitteln werden 2 Stellen der BesGr. A 15 (Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen) neu ausgebracht. Die neuen Stellen dienen der personellen Unterstützung der leitenden Direktorinnen. Der Stellenplan wird entsprechend geändert.

Begründung:

Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit fördert und festigt das Gedankengut der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Bewusstsein der Bevölkerung. Dafür werden laufend neue Formate von ihr entwickelt, die ansprechend und modern sind wie der YouTube-Kanal der Landeszentrale. Die demokratischen Fraktionen stehen hinter dieser Entwicklung und wollen die Landeszentrale unterstützen. Leider wird bei den Verwaltungsratssitzungen aber immer wieder deutlich, dass durch die stete Weiterentwicklung auch die Belastung der Abteilungsleiterinnen zunimmt. Ihre Zuständigkeit wird laufend um inhaltliche Aufgaben und personelle Verantwortung erweitert. Damit sie ihrer Führungsverantwortung auch auf Dauer gerecht werden können, ist es wichtig, dass die strukturellen Rahmenbedingungen angepasst werden. Es müssen zwei zusätzliche A 15- bzw. E 15-Stellen für Referentinnen und Referenten geschaffen werden.